

Bericht zum Wirtschaftsplan 2024

MainArbeit.Kommunales Jobcenter Offenbach

Der Eigenbetrieb MainArbeit.Kommunales Jobcenter Offenbach hat gemäß § 15 Eigenbetriebsgesetz aufgrund seiner Sonderstellung in der Haushaltswirtschaft der Stadt Offenbach am Main einen eigenen Wirtschaftsplan aufzustellen.

Der vorliegende Wirtschaftsplan wurde unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) erstellt.

Der vorliegende Bericht dokumentiert und erläutert die zentralen Effekte für das anstehende Geschäftsjahr 2024. Dem Bericht sind folgende Anlagen beigefügt:

- Erfolgsplan (Anlage 1)
- Vermögensplan (Anlage 2)
- Stellenübersicht (Anlage 3)
- Finanzplan (Anlage 4)
- Liquiditätsplan (Anlage 5)

Geschäftsentwicklung

- Der für das dreizehnte Haushaltsjahr des Eigenbetriebs zu erstellende Wirtschaftsplan enthält bis auf die Leistungen gem. § 16a SGB II alle Ausgaben für Unterhaltsleistungen, Leistungen für Bildung und Teilhabe, Leistungen zur Eingliederung in Erwerbsarbeit sowie für Verwaltungsaufwendungen. Rund 53 Prozent der Ausgaben für Unterhaltsleistungen sowie für Bildung und Teilhabe in Höhe von insgesamt 113,5 Mio. Euro entfallen auf Leistungen in Trägerschaft des Bundes, rund 47 Prozent auf Leistungen in Trägerschaft der Kommune. Die Leistungen zur Eingliederung in Erwerbsarbeit in Höhe von rund 4,9 Mio. Euro fallen in die Trägerschaft des Bundes. Die Aufwendungen für Verwaltung und vom Jobcenter erbrachte Beratungs- und Arbeitsmarktdienstleistungen in Höhe von 23,0 Mio. Euro im Jahr 2024 werden vom Bund mit 84,8 Prozent und von der Kommune mit 15,2 Prozent finanziert.
- Die Erträge für Finanzierung von Transferleistungen belaufen sich auf 119,5 Mio. Euro im Jahr 2024. Ca. 47 Prozent der Transfererträge fließt von Seiten der Stadt Offenbach zu. Die Stadt kann im Jahr 2024 damit rechnen, dass etwa 50 Prozent der Ausgaben für die Kosten der Unterkunft in Höhe von 50 Mio. Euro vom Bund refinanziert werden. Der Finanzierungsanteil des Bundes wird jedoch im Haushalt der Stadt vereinnahmt und deshalb nicht im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs veranschlagt.
- Die Erträge für Eingliederungsleistungen belaufen sich auf 11,45 Mio. Euro, die Erträge für Verwaltungskostenerstattung auf rund 16,4 Mio. Euro.
- Der Stellenplan umfasst 180,45 Stellen für Tarifbeschäftigte und 51,0 Stellen für Beamte.

- Dem Wirtschaftsplan liegen die Annahmen einer weiterhin robusten Arbeitsmarktentwicklung, einer geringfügig erhöhten Zahl an Bedarfsgemeinschaften aufgrund des Zuzugs von Geflüchteten, einer weiteren Erhöhung von Regelsätzen und steigenden Kosten für Mieten und Energie zugrunde. Bei den Verwaltungsaufwendungen wurden insgesamt 231,45 Stellen (Vollzeitäquivalente) und entsprechende Aufwendungen für Personalkosten, Gebäudemieten, EDV und sonstige Verwaltungskosten zugrunde gelegt.

Erfolgsplan

- Umsatzerlöse und Aufwendungen in Bezug auf rein kommunale Leistungen (§ 16a SGB II, Zuweisungen Stadt Offenbach für die kommunale Arbeitsförderung) werden ab 2025 in den Wirtschaftsplan aufgenommen.
- Die Zuweisungen vom Bund für den Eingliederungstitel und den Verwaltungshaushalt sind gegenseitig deckungsfähig. Zur Sicherstellung der Verpflichtungen im Verwaltungshaushalt müssen ca. 6,0 Mio. aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden.

Vermögensplan

- Die MainArbeit plant keine wesentlichen Investitionen. Lediglich die Anschaffung von Sachanlagen und immateriellen Anlagenwerte ist geplant.
- Verpflichtungsermächtigungen werden keine benötigt.
- Die Finanzierung erfolgt über Abschreibungen und über Forderungen an unsere Geldgeber (Bund 84,8 %, Stadt Offenbach 15,2 %)

Stellenübersicht

- Die Verfahrensbetreuung mussten zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung verstärkt werden. Da die Tätigkeit in der Verfahrensbetreuung mit TV ÖD 10 bewertet ist, mussten zwei Stellen entsprechend umgewandelt werden.
- Im Bereich TV ÖD 9c werden auf Grund von Sparmaßnahmen 7 Stellen reduziert.
- Nach Neubewertung einer Stelle wurde die Stellen von A 12 auf A11 umgewandelt.
- Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung in der Telefonie wurde eine Stelle von 0,87 auf 1,0 angehoben.

Finanzplan

- Die MainArbeit plant keine großen Investitionen.
- Kreditaufnahmen sind nicht geplant.
- Die MainArbeit hat Verwaltungsvereinbarungen für Personal, IT, Vollstreckung und Versicherungen mit der Stadt Offenbach. Die Kosten hierfür werden von der Stadt Offenbach der MainArbeit in Rechnung gestellt.

Liquiditätsplan

Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen werden grundsätzlich nicht beansprucht. Nur wenn die Geldgeber der MainArbeit (Bund/Stadt Offenbach), die für die Aufgabenerledigung notwendigen Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung stellen können, wird ein Liquiditätskredit von 7,0 Mio. benötigt.